



Beschlussvorlage öffentlich

Einreicher: CDU-Fraktion, SPD-Fraktion

Drucksachen-Nr.: KT/277/2021

Einreichung: 24.08.2021

Beratungsfolge	Termin	
Kreistag	13.09.2021	

Betr.:

Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion: Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle in Deutschland aktiv begleiten

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, gegenüber dem Freistaat Thüringen und dem Bund zu verdeutlichen, dass der Unstrut-Hainich-Kreis für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle nicht in Betracht zu ziehen ist. Er soll hierzu auch die kreisangehörigen Gemeinden und Städte einbinden, um koordiniert und aktiv sämtliche Beteiligungsformen zu nutzen, die in dem mehrstufigen Verfahren seitens der entscheidungsrelevanten Stellen vorgesehen sind.

Der Landrat informiert den Kreistag halbjährlich über den aktuellen Stand seiner diesbezüglichen Initiativen.

Begründung:

Das Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive, Wärme entwickelnde Abfälle läuft in Hoheit des Bundes. Das entsprechende Standortauswahlgesetz bezieht das Gebiet aller deutschen Länder und Regionen in die Suche ein. Auf Basis vorhandener geologischer Daten werden diese Gebiete auf ihre mögliche Eignung als Endlager untersucht.

Bis zum Jahr 2031 soll laut Gesetz innerhalb Deutschlands der Standort für ein Endlager gefunden werden - ergebnisoffen, transparent, nach gesetzlich festgelegten fachlichen Kriterien und unter Beteiligung der Öffentlichkeit. Näheres zum Verfahren ist auf der Homepage www.endlagersuche-infoplattform.de veröffentlicht.

Die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH hat am 28. September 2020 in einem „Zwischenbericht Teilgebiete“ den Verfahrensstand zur Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle veröffentlicht. Der Zwischenbericht fußt auf Akten zu den in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen geologischen Daten.

Während des gesamten Verfahrens sind verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten wie z. B. drei Fachkonferenzen vorgesehen, über die sich neben den Behörden der Länder auch interessierte Fachleute, Bürger und Kommunen an der Endlagersuche beteiligen und einbringen können.

Die Endlagersuche betrifft laut dem Zwischenbericht Teilgebiete auch große Teile des Freistaates Thüringen und damit auch den Landkreis Unstrut-Hainich. Sollte hier ein Standort für ein Endlager in Betracht gezogen werden, hätte dies gravierende Auswirkungen für den Landkreis als Wohn-, Wirtschafts- und Tourismusstandort.

Um dies zu verhindern, müssen frühzeitig Maßnahmen durch den Landkreis ergriffen und die gegen ein Endlager sprechenden Argumente koordiniert in allen dafür geeigneten Gremien vorgebracht werden. Der derzeit laufende Auswahlprozess sollte vom zuständigen Thüringer Umweltministerium unter Hinzuziehung aller Landkreise aktiv begleitet werden. Es sind frühzeitig Maßnahmen gegen sich abzeichnende Entscheidungen zu ergreifen, die den Interessen des Unstrut-Hainich-Kreises und der hier lebenden und arbeitenden Menschen entgegenstehen.

Urbach
CDU-Fraktionsvorsitzender

Zanker
SPD-Fraktionsvorsitzende

Anlagen:

Abstimmungsergebnis:

Ja:

Nein:

Enthaltungen: